PB.S-01-187 Kapitel 3: Solidarität sichern

Antragsteller*in: Silke Behrendt (KV Mülheim)

Änderungsantrag zu PB.S-01

Von Zeile 186 bis 188 einfügen:
Missbrauch von Werkverträgen und die Abwälzung unternehmerischer Verantwortung mittels Subunternehmerketten gehen wir ordnungspolitisch vor. Arbeitsmodelle wie Mini-Jobs und werkstudentische Tätigkeiten müssen so gestaltet werden, dass sie zur Absicherung der Arbeiternehmer*innen in Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung führen.

Begründung

Aktuell müssen sich Studenten, die eine werkstudentische Tätigkeit (maximal. 20 Stunden wöchentlich) aufnehmen, in Kranken- und Pflegeversicherung zu einem einkommensunabhängigen Betrag online ca. 120 € monatlich selbst versichern. Der Arbeitgeber zahlt nur Beiträge zur Rentenversicherung. Einen Werkstudenten anzustellen ist somit meist sogar günstiger für den Arbeitgeber als einen Minijobber. Für den Studenten sind aber die Beiträge auch zu zahlen, wenn er unter 450 € verdient. Die Beiträge übernimmt das BAföG Amt auf Antrag, aber viele Studenten bekommen gar kein BAföG.
Dies finde ich sozial ungerecht und möchte diese Art der Beschäftigung überarbeitet sehen.

weitere Antragsteller*innen

Fabian Andreas Jaskolla (KV Mülheim); Carsten Behrendt (KV Mülheim); Sina Roxana Starke (KV Mülheim); Ben Behrendt (KV Mülheim); Christina Dimoudas (KV Mülheim); Björn Maue (KV Mülheim); Brigitte Erd (KV Mülheim); Ingrid Tews (KV Mülheim); Gilberte Raymonde Driesen (KV Mülheim); Ann-Kathrin Lieselotte Ingeborg Allekotte (KV Mülheim); Stefan Riese (KV Münster); Björn Eckert (KV Siegen-Wittgenstein); Angela Stein-Ulrich (KV Rhein-Kreis-Neuss); Tim Lautner (KV Münster); Michael Aßmann (KV Steinfurt); Hannah Steinhausen (KV Mülheim); Lucas Ammann (KV Mülheim); Philipp Hoffmann (KV Mülheim); Martin Münter (KV Solingen)